

USA

NICO LANGE
nico.lange@kas.de
@nicolangeusa

19. Januar 2017

www.kas.de/usa

Donald Trump als Präsident der USA: 10 Fragen, 10 Antworten



AM 20. JANUAR 2017 TRITT DER 45. PRÄSIDENT DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA SEIN AMT AN. DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG HAT ZUR INAUGURATION VON DONALD TRUMP 10 FRAGEN UND 10 ANTWORTEN ZUSAMMENGEFASST.

Der Wahlsieg von Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen in den USA im November 2016 hat viele überrascht. Seitdem grassieren Spekulationen über die künftige Politik der Vereinigten Staaten. Viele Fragen bleiben bisher offen. Seriös lassen sich die innen- und außenpolitischen Vorhaben der neuen US-Administration letztlich erst nach Trumps Amtsantritt und anhand konkreter politischer Schritte bewerten. Gerade weil die USA und die transatlantischen Beziehungen für Deutschland von zentralem strategischen Interesse sind, sollten Analysen sich nicht von medialer Hysterie und voreiligen Schlüssen leiten lassen, auch wenn Donald Trump selbst Spekulationen und Aufgeregtheit immer wieder befördert.

1. Sind die Amerikaner verrückt geworden, dass sie Donald Trump zum Präsidenten gewählt haben?

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in den USA hat viele Ursachen. Donald Trump hatte mit „Make America great again“ eine klare Botschaft und eine wirkungsvolle Kampagne. Er profitierte vom schlechten Image der politischen Klasse in Washington, sowie einer schwachen Kandidatin und mangelhafter Wahlkampfführung der Demokraten.

Der Wahlkampf war insbesondere durch Trumps aggressive Rhetorik, die gezielte Unterminierung des Vertrauens in politische Institutionen und persönliche Angriffe auf die Gegenkandidatin geprägt. Seit der Wahl gibt es in den USA intensive Diskussionen um einen möglichen Einfluss von „Fake News“ und russischen Hackerangriffen. Allerdings geht aus den bisherigen Analysen auch klar hervor, dass viele normale Amerikaner und auch traditionelle Wähler der Republikaner materielle Hoffnungen, den Wunsch nach Veränderung, den Aus-

USA

NICO LANGE
nico.lange@kas.de
@nicolangeusa

19. Januar 2017

www.kas.de/usa

druck von Protest oder Sehnsucht nach einem Schutz vor negativen Auswirkungen der Globalisierung mit der Wahl Trumps verknüpften. Viele der Amerikaner haben Trump nicht wegen des vielfach hässlichen Wahlkampfes, sondern trotz dieser Kampagne gewählt.

Das Wahlergebnis in den USA wirft noch immer viele Fragen auf und weitergehende Analysen sind notwendig. In Deutschland und Europa sollte man trotz des überraschenden Ausgangs die demokratische Wahl respektieren und nicht pauschal oder gar überheblich über „die Amerikaner“ urteilen.

2. Wird der Präsident Trump sich vom Kandidaten Trump unterscheiden?

Donald Trump ist seit Anfang der achtziger Jahre in den USA eine öffentliche Person. Zuletzt stand er 14 Jahre lang im Zentrum einer der erfolgreichsten Fernsehshows. Seine Persönlichkeit, seine Impulsivität, Ungeduld, Angriffslust, Unberechenbarkeit und narzisstisches Verhalten sind den Amerikanern seit mehr als dreißig Jahren gut bekannt. Es ist unwahrscheinlich, dass Trump sich als Präsident vollkommen anders verhalten wird.

Trump ist ein absoluter TV- und Medienprofi, der seine öffentlichen Auftritte und Äußerungen gezielt einsetzt. Für sein politisches Handeln als Präsident der USA wird es aber auch darauf ankommen, wie er sein Team zusammensetzt und wie er mit seinem Umfeld und vor allem den Republikanern in Senat und Repräsentantenhaus zusammenarbeitet. Aus dem Umfeld Trumps waren in den letzten Wochen mehrfach Stimmen zu hören, die ihm bescheinigten, schnell zu lernen, sich pragmatisch in Probleme einzuarbeiten und lösungsorientiert an politische Fragestellungen heranzugehen.

Möglicherweise wird man lernen müssen, zwischen den öffentlichen Äußerungen und Ankündigungen Trumps und der realen Politik der US-Administration zu unterscheiden.

3. Was bedeutet Trumps Politik des „America first“? Werden die USA sich unter Präsident Trump abschotten?

„America first“ bedeutet vor allem, dass Trump die amerikanische Innenpolitik ins Zentrum seiner Amtsführung stellen wird. Mit der Amtsübernahme ist zu erwarten, dass Steuererleichterungen für Unternehmen, der Umbau des als „Obamacare“ eingeführten Krankenversicherungssystems und Versuche der Modernisierung von Infrastrukturen in den USA im Zentrum der Agenda stehen werden.

Ein starker Fokus auf innenpolitische Fragen und weniger Übernahme globaler Verantwortung waren Tendenzen, die auch die beiden Amtszeiten von Präsident Obama bereits prägten. Auch wenn Trumps Betonung auf „America first“ jetzt einige irritiert: Dass nationale Interessen Verhandlungen in der internationalen Politik prägen, ist normal. Die Frage wird vielmehr sein, wie Trump und seine Berater die amerikanischen Interessen definieren und inwieweit mittel- und langfristige Wirkungen der amerikanischen Politik in die Überlegungen einfließen.

Die globale Verhandlungsposition der Vereinigten Staaten ist im Jahr 2017 nicht so stark, dass Trump anderen Ländern einfach den eigenen Willen aufzwingen könnte. „America first“ könnte für Deutschland und Europa auch ein Impuls sein, die eigenen Interessen klar zu formulieren und Verhandlungspositionen aufzubauen.

USA

NICO LANGE
nico.lange@kas.de
@nicolangeusa

19. Januar 2017

www.kas.de/usa

Es steht allerdings zu befürchten, dass eine aggressive „America first“-Rhetorik in Deutschland und Europa amerikafeindliche Stimmungen weiter befördern könnte. Dies kann weder im Interesse der USA sein, noch ist es im Interesse Europas.

4. Kann Trump durchregieren? Besteht die Gefahr, dass die USA ein autoritäres Land werden?

Die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika ist die langlebteste demokratische Verfassung auf der Welt. Auch wenn Trumps Verhalten im Wahlkampf kritisch zu sehen ist, sollte daraus nicht der Schluss gezogen werden, dass nun autoritäre Verhältnisse drohen. Niemand muss die USA in Sachen Demokratie belehren. Die Konstruktion der „Checks and Balances“ im politischen System der USA mit der Verteilung der Befugnisse zwischen Präsident und Kongress, das Zweikammersystem, die starke Verfassungsgerichtsbarkeit, die föderale Struktur und zeitlich versetzte Wahlen, die immer wieder stattfinden, sind starke demokratische Institutionen, die schon viele Proben bestanden haben.

Trump hat als Präsident Befugnisse vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik. Bei fast allen politischen Vorhaben, über die derzeit im Zusammenhang mit Trump berichtet wird, muss Donald Trump mit dem amerikanischen Kongress zusammenarbeiten. Dort gibt es zwar seit der Wahl eine Mehrheit der Republikaner, aber die selbstbewussten Senatoren und Abgeordneten der republikanischen Partei werden hart mit Trump verhandeln und Einfluss auf die Politik ausüben. Parteien und Fraktionen in den USA sind nicht mit den Parteien in Deutschland vergleichbar und während des Wahlkampfes war das Verhältnis zwischen Trump und großen Teilen der Republikaner sehr angespannt. Trump kann gerade in der Innenpolitik, die im Zentrum seiner Agenda steht, nicht einfach durchregieren. Es wird insbesondere darauf ankommen, wie sein Stabschef Reince Priebus und Vizepräsident Mike Pence das Zusammenspiel mit dem Fraktionschef der Republikaner, Paul Ryan, und den Abgeordneten organisieren können.

5. Wird Trump auch als Präsident weiterhin per Twitter provozieren?

Donald Trump hat angekündigt, dass er auch als Präsident weiter seinen Twitter-Kanal nutzen will. Man kann derzeit beobachten, dass jeder Tweet von Trump weltweite Reaktionen in Medien und sogar in der Politik auslöst. Trump kann dadurch medial in der Offensive bleiben und die Agenda der Diskussionen bestimmen. Die Frage für die Zukunft ist, ob sich dieser Effekt abnutzt. Möglicherweise werden Medien und Politik lernen, souveräner und gelassener mit diesen Tweets umzugehen.

In der Diskussion sollte man allerdings nicht vergessen, dass Präsident Obama als @POTUS (President of the United States) auf Twitter und in anderen sozialen Netzwerken sehr aktiv war.

Das Risiko der Twitter-Kommunikation von Trump liegt vor allem daran, dass er auf Kritik sehr harsch reagiert und damit unter Umständen Konflikte schnell eskalieren könnte. Dies gilt vor allem dann, wenn es nicht um Trump persönlich geht, sondern um Beziehungen zwischen Staaten.

USA

NICO LANGE
nico.lange@kas.de
@nicolangeusa

19. Januar 2017

www.kas.de/usa

6. Warum reagiert die Wirtschaft in den USA so positiv auf Trump?

Trump ist ein Unternehmer mit vielen Bekannten und Freunden in Wirtschaftskreisen. Er hat einige bekannte Unternehmer in sein Kabinett berufen. In Wirtschaftskreisen wird es grundsätzlich als positiv bewertet, wenn wirtschaftlicher Sachverstand in einflussreiche politische Positionen kommt. Trump und die Republikaner sind sich zudem in Punkten über Bürokratieabbau und Steuererleichterungen einig, so dass viele Unternehmer und Analytiker hier schnell konkrete politische Schritte erwarten, die wirtschaftliches Handeln erleichtern und Gewinne vergrößern könnten. Außerdem hat Trump große Regierungsaufträge zur Modernisierung von Infrastrukturen angekündigt, von denen sich viele amerikanische Unternehmen einen Aufschwung versprechen.

Am amerikanischen Aktienmarkt hat daher eine „Trump Rally“ stattgefunden. Die Kurse sind seit der Wahl stark gestiegen. Allerdings ist zu erwarten, dass die Kurse auch wieder fallen, sollten die Ankündigungen nicht umgesetzt werden. Wie in anderen Politikfeldern, ist auch hier viel Spekulation im Spiel. Zuletzt zeigte sich, dass Kurse von Pharmaunternehmen deutlich verloren, als Trump wider Erwarten ankündigte, sich für die Deckelung von Preisen für Medikamente einsetzen zu wollen.

7. Werden die Vereinigten Staaten auch unter Trump weiterhin die Sicherheit Deutschlands und der europäischen Nato-Mitglieder garantieren?

Trump äußerte sich immer wieder kritisch über die Nato. Er bemängelt an der Allianz, dass sie keinen wirksamen Schutz vor Terrorismus darstellt und dass nicht alle Mitglieder ihre finanziellen Beiträge leisten. Gleichzeitig bekennen sich Trumps ernannter Nationaler Sicherheitsberater Michael Flynn und der nominierte Verteidigungsminister James Mattis ganz klar zur Nato und zu den Sicherheitsgarantien.

Während Trump zum Auftakt der Inaugurationswoche seine kritischen Äußerungen zur Nato gegenüber der Bild-Zeitung machte, kam eine US-Kampfbrigade in Polen an, um dort gemeinsam mit anderen Nato-Einheiten die Sicherheit der EU zu verstärken. Gleichzeitig wurden amerikanische Truppen in Norwegen stationiert. Das zeigt, dass die USA weiterhin Sicherheitsgarantien übernehmen.

Dass Deutschland und die anderen europäischen Nato-Partner ihren Verpflichtungen nachkommen müssen, ist ein berechtigtes Argument. Schon vor der Wahl hat es in Deutschland und Europa einige politische Initiativen gegeben, die eine Stärkung der europäischen Beiträge zu Sicherheit, Verteidigung und militärischen Fähigkeiten zum Ziel haben. Trumps Position kann als Anreiz verstanden werden, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union zu intensivieren.

8. Wird es nun eine neue Freundschaft zwischen den USA und Russland geben? Werden Putin und Trump einen „Deal“ auf Kosten anderer Staaten machen?

Trump äußerte sich immer wieder freundlich gegenüber Putin und brachte eine mögliche Aufhebung der US-Sanktionen gegen Russland ins Spiel. Grundsätzlich ist nichts falsch daran, gute Beziehungen zu Russland zu wollen. Auch Deutschland und die EU streben das an. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, die russische Einmischung in der Ostukraine und

USA

NICO LANGE
nico.lange@kas.de
@nicolangeusa

19. Januar 2017

www.kas.de/usa

Russlands militärische Intervention in Syrien machen gute Beziehungen aber derzeit unmöglich.

Trump hat auch geäußert, dass er davon ausgeht, dass russische Hacker während der Wahlen in den USA aktiv waren. Er wehrt sich jedoch dagegen, dass dies die Wahlen zu seinen Gunsten beeinflusst hätte. Der nominierte Außenminister Rex Tillerson und der nominierte Verteidigungsminister James Mattis äußerten sich kritisch zur aktuellen russischen Politik. Mattis bezeichnete in einer Anhörung Russland sogar als derzeit wichtigste Bedrohung für die USA. Im amerikanischen Kongress gibt es zahlreiche einflussreiche Politiker in den Reihen der Republikaner, die über Expertise zu Russland verfügen und Putins Politik stark kritisieren.

Auch die Obama-Administration startete einst mit dem Vorhaben einer „Reset-Policy“, eines Neustarts der Beziehungen zu Russland. Diese Politik scheiterte jedoch. Ob Trump mit Putin „Deals“ machen wird, ist nach Trumps eigener Aussage eine offene Frage. Zieht man die Persönlichkeiten der beiden Präsidenten in Betracht, die unbedingt Stärke zeigen wollen, ist auch sehr gut möglich, dass Streitigkeiten ausbrechen.

9. Steigen die USA aus dem Klimaschutz aus?

Trump und Teile der republikanischen Partei bestreiten den Klimawandel und halten Klimaschutz für unnötig und wirtschaftsfeindlich. Allerdings äußerte Trump sich nach der Wahl bereits moderater und akzeptierte, dass es einen menschlichen Einfluss auf das Klima gegeben hat.

Die Vereinigten Staaten haben den Pariser Klimavertrag ratifiziert. An dieses internationale Abkommen ist auch die Trump-Administration gebunden. Ein Rücktritt ist nicht einfach möglich und würde Jahre dauern. Es scheint zudem, dass das Thema für die neue Administration und für Trump persönlich keine hohe Priorität besitzt. Dies könnte die Implementierung des Pariser Klimavertrags in den USA in Frage stellen, die allerdings erst ab 2020 beginnen soll.

10. Bedeutet die Wahl Trumps Aufwind für Rechtspopulisten in Deutschland und Europa?

Entwicklungen in den USA auf der einen Seite und Deutschland und den anderen Demokratien in Europa auf der anderen Seite können nicht einfach gleichgesetzt werden. Zwischen den politischen Systemen, den Wahlsystemen, den Parteien, der politischen Kultur, den Medien und den innenpolitischen Problemlagen bestehen sehr große Unterschiede. Aus dem US-Wahlkampf und Donald Trump Schlüsse für kommende Wahlen in Deutschland und Europa zu ziehen, ist seriös nicht möglich. Auch die Wahlmotive der Trump-Wähler und die der Unterstützer rechtspopulistischer Parteien in Europa unterscheiden sich voneinander.

Zwar haben Rechtspopulisten, wie einige Vertreter der AfD, Marine Le Pen, Nigel Farage oder Geert Wilders, Trumps Wahl begrüßt. In Umfrageergebnissen sind aber keine Auswirkungen der US-Wahl auf die Zustimmung für rechtspopulistische Parteien in Europa erkennbar. Dazu kommt, dass gerade die Rechtspopulisten sich in der Vergangenheit immer wieder anti-amerikanisch positioniert haben und in ihren Programmen gegen einen vermeintlich zu starken amerikanischen Einfluss in Europa kämpfen.

Ob die in den USA angewandten Wahlkampfmethoden, Provokationen, die gezielte Unterminierung von Vertrauen und persönliche Angriffe unter der Gürtellinie in Deutschland im

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

NICO LANGE
nico.lange@kas.de
@nicolangeusa

Wahlkampf möglich sind, darf mit Recht bezweifelt werden. Das in den USA seit Jahrzehnten intensiv betriebene „negative campaigning“ hat sich zum Beispiel in deutschen Wahlkämpfen nie durchgesetzt. Insgesamt gibt es zwischen den USA und Deutschland in dieser Hinsicht mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten.

19. Januar 2017

www.kas.de/usa

Die Wahl Trumps und seine provokanten öffentlichen Äußerungen bergen allerdings die Gefahr in sich, dass in Wahlkämpfen in Deutschland und Europa auch etablierte Parteien versucht sein könnten, mit antiamerikanischen Äußerungen Stimmungen zu erzeugen.